

**AMNESTY INTERNATIONAL
NETZWERK ARBEIT, WIRTSCHAFT
UND SOZIALE RECHTE**

<http://gewerkschafterInnen.amnesty.at>

AKTIONEN ZUM 1. MAI 2013



**ERNTEARBEITER_INNEN &
HAUSANGESTELLTE**

**SITUATION VON MIGRANT_INNEN
IN EUROPA UND WELTWEIT**



**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Editorial

Katastrophale Arbeitsbedingungen, Ausbeutung, „modernes Sklaventum“, wie es ein ehemaliger italienischer Landwirtschaftsminister formulierte.

Dies spielt sich Saison für Saison auf Orangenplantagen und in Olivenhainen in unserem Nachbarland Italien ab. Und der Staat schaut weg und fördert die Ausbeutung, indem er mittels harscher Fremdengesetze Migrant_innen Rechte verwehrt.

Auch die Volkswirtschaften von Südkorea und Saudi-Arabien profitieren vom billigen Arbeitsheer der Migrant_innen, die angesichts von Armut und Perspektivlosigkeit ihre Heimat verließen.

Aktionspaket zum 1. Mai. Die Menschenrechtssituation von Migrant_innen ist Schwerpunktthema unseres diesjährigen Aktionspakets anlässlich des Tages der Arbeit. Darüber hinaus stellt das Aktionspaket die Schicksale bedrohter und verfolgter Gewerkschafter_innen vor.

Helfen Sie mit. Information ist Basis für Handeln. Wir möchten Sie einladen, die Regierungen an deren Verantwortung zu mahnen, sich für den Respekt der Menschenrechte aller Menschen in ihrem Land einzusetzen. Diesem Aktionspaket liegen fertige Appelle an die Behörden in englischer Sprache bei: sieben Briefe und zwei Petitionen. Bitte unterschreiben Sie die Briefe und senden Sie diese an die Behörden. Sammeln Sie Unterschriften auf den Petitionen und retournieren Sie uns die ausgefüllten Petitionslisten, die wir gesammelt übergeben werden.

Wollen Sie lieber deutschsprachige Briefe und Petitionen unterschreiben, finden Sie diese gemeinsam mit dem Aktionspaket auf unserer Website zum Download.

Wir danken für Ihren Einsatz!

Das Team des Netzwerks Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte

Impressum:

Amnesty International Österreich
Netzwerk Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte
c/o Moeringgasse 10/1, A 1150 Wien
Für Rückfragen: Dr. Sabine Vogler
E-Mail: gewerkschafterInnen@amnesty.at
© Fotos: AI, MTU, SINTRAMIENERGETICA, privat
Eigene Herstellung, April 2013

MODERNES SKLAVENTUM AUF ITALIENISCHEN FELDERN

Arbeitstage von zehn bis zwölf Stunden an sechs bis sieben Tagen pro Woche für einen Stundenlohn von drei bis vier Euro. Dies ist Realität für tausende Erntearbeiter_innen aus Afrika und Asien, die sich in Mittel- und Süditalien in der Landwirtschaft verdingen.

Erntearbeiter_innen schufteten und werden um Lohn betrogen

Sie kommen zu Beginn der Saison im Herbst in die landwirtschaftlichen Gebiete und bleiben bis Frühling. In notdürftigen selbst errichteten Containerlagern oder stillgelegten Fabriken schlagen sie ihr Quartier auf. Um fünf Uhr morgens machen sie sich auf den Weg zu Kreuzungen vor den Städten, um für die Arbeit auf den Plantagen mitgenommen zu werden. Das „Gangmastering“-System blüht: Migrant_innen gelangen über Mittelsmänner an die Arbeitgeber_innen, diese kassieren dafür bis zu einem Viertel des Lohnes.

So niedrig der Lohn auch sein mag – nicht einmal dieser wird immer wie vereinbart ausgezahlt. Die Arbeitgeber_innen machen sich zunutze, dass Migrant_innen kaum eine Chance haben, ihre Rechte einzufordern. Denn die meisten haben keinen legalen Aufenthaltstitel und fürchten Abschiebung, falls sie sich an die Behörden wenden.

Migrationsgesetze forcieren Ausbeutung

Voraussetzung für eine Aufenthaltsgenehmigung, die für die Saisonarbeiter_innen für zwei Jahre gilt, ist ein Vertrag mit der/dem Arbeitgeber_in bereits vor der Einreise nach Italien. Somit sind die Migrant_innen von der Kooperation der Arbeitgeber_innen abhängig, da diese die Papiere der Migrant_innen bei den Behörden anfordern müssen. Fast die Hälfte aller Arbeiter_innen in der Landwirtschaft, mit denen Amnesty-Mitarbeiter_innen während ihrer Recherchen vor Ort sprachen, hörten falsche Versprechungen, dass sich die Arbeitgeber_innen um ihre Papiere kümmern würden. Manche Migrant_innen bleiben auf eine Aufenthaltsgenehmigung hoffend mehrere Monate oder Saisonen bei Arbeitgeber_innen, selbst wenn diese den Lohn nicht auszahlen.

„Ich arbeite neun bis zehn Stunden pro Tag von Montag bis Samstag und fünf Stunden am Sonntag morgen für drei Euro die Stunde. Mein Arbeitgeber sollte mir 600 bis 700 Euro pro Monat zahlen. Allerdings hat mir mein Arbeitgeber die letzten sieben Monate nur einen Teil meines Gehalts ausgezahlt – gerade 100 Euro zur Abdeckung meiner Lebenskosten. Meine Familie in Indien musste sich bei anderen Familien Geld ausborgen. Ich habe keinen Vertrag mit dem Arbeitgeber, daher kann ich nicht gehen, sonst würde ich das gesamte Geld verlieren. Ich kann nicht zur Polizei gehen, weil ich keine Papiere habe.“ (Erntearbeiter aus dem Punjab)

Viele Migrant_innen zahlen ihren Arbeitgeber_innen für die Organisation der Papiere. Darüber hinaus blüht das Geschäft mit Visa und Aufenthaltsgenehmigungen. Kostenpunkt: Mehrere tausend Euro.

Amnesty-Bericht und Forderungen

Amnesty International sprach mit Migrant_innen sowie Mitarbeiter_innen von Gewerkschaften, NGOs und Behörden in den Erntebereichen Italiens. Der Amnesty-Bericht beschreibt die Ausbeutung der Migrant_innen und enthält Forderungen, um diese zu beenden. **Unterschreiben Sie bitte die beiliegende Petition.**

Bericht in englischer Sprache: www.amnesty.org/en/library/asset/EUR30/020/2012/en/bb31a7ab-6537-43f8-92a8-c7b1f484198a/eur300202012en.pdf
Zusammenfassung (englisch): www.amnesty.org/en/library/asset/EUR30/021/2012/en/f0ce53e6-5cf6-45f6-86bb-e00de71c9a3c/eur300212012en.pdf
Zusammenfassung (deutsch) und Aktion: gewerkschafterInnen.amnesty.at

Südkorea: Migrant_innen im Visier

Geplante Verschärfungen im Beschäftigungsbewilligungssystem. Mit einem neuen Gesetz haben seit August 2012 Migrant_innen, die in Südkorea Arbeit suchen, keinen Zugang mehr zu einer Liste mit potenziellen Arbeitgeber_innen. Das Ministerium für Beschäftigung und Arbeit gibt den Arbeitgeber_innen die arbeitssuchenden Migrant_innen bekannt. Falls die Migrant_innen nicht innerhalb von drei Monaten Arbeit finden, verlieren sie ihre Arbeitsbewilligung, was Verhaftung, Gefängnis und Abschiebung bewirken kann.

Seit Juli 2012 dürfen Migrant_innen, wenn sie ihre Arbeitsbewilligung für vier Jahre und zehn Monate verlängern lassen wollen, keinen Arbeitsplatzwechsel vorweisen.

Führungsmitglieder der Migrant_innengewerkschaft in Gefahr.



Seit 2003 vertritt die Seoul-Gyeonggi-Incheon Migrants Trade Union (MTU) die Rechte von Migrant_innen, unabhängig von deren Aufenthaltsstatus. Immer wieder wurden Führungsmitglieder der MTU abgeschoben. Trotz eines positiven Spruches des Obersten Gerichtshofs weigern sich die Behörden, die MTU als offizielle Gewerkschaft anzuerkennen.

Petition zu Südkorea liegt bei. Bitte übermitteln Sie uns die ausgefüllte Petition; gemeinsam mit der Länderkoordinationsgruppe Korea von Al Deutschland senden wir diese an Südkorea.

Erfolge: Das Ergebnis dauerhaften Drucks

Griechenland, Konstantina Kouneva: Die Gewerkschafterin wurde im Dezember 2008 überfallen und mit Säure überschüttet. Sie erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Die griechischen Behörden wollten mehrmals die Untersuchungen zur Ausforschung der Täter_innen und Auftraggeber_innen einstellen; nur dank des internationalen Drucks kam Bewegung in die Ermittlungen.

China, Zhu Chengzhi: Der Menschenrechtsverteidiger setzt sich für die Aufklärung des mysteriösen Todes des Arbeitsrechtsaktivisten Li Wangyang im Sommer 2012 ein. Zhu Chengzhi wurde unter „häusliche Überwachung“ gestellt. Zwei Mal bereits wurde er 2013 von den Behörden abgeholt und war tage- bzw. wochenlang verschwunden. Die Nachfragen aus dem Ausland verhinderten sein dauerhaftes Verschwindenlassen.

In beiden Fällen war die internationale Solidarität erfolgreich. Aber wir müssen weiterhin aktiv bleiben! Appellbriefe liegen bei.

Saudi-Arabien: Todesstrafe für Migrant_innen

Im Schnitt mehr als zwei Hinrichtungen pro Woche: Mindestens mehr als 2.000 Menschen wurden seit 1985 in Saudi-Arabien hingerichtet, darunter allein von 1985 bis Mai 2008 mindestens 830 ausländische Staatsbürger_innen.

Migrant_innen sind überproportional gefährdet, zum Tode verurteilt zu werden, weil sie in Unkenntnis der arabischen Sprache und des Justizwesens ihre Rechte nicht wahrnehmen können. Migrant_innen werden deutlich seltener als arabische Staatsbürger_innen begnadigt.

Siti Zainab Binti Duhri Rupa.

Eine der Todeskandidat_innen ist Siti Zainab Binti Duhri Rupa aus Indonesien, die als Hausarbeiterin nach Saudi-Arabien kam. 2001 wurde sie wegen angeblichen Mordes an ihrer Arbeitgeberin zum Tode verurteilt. Erst bei Volljährigkeit des Kindes des Mordopfers wird über eine mögliche Begnadigung entschieden.



Suliamon Olyfemi, ein nigerianischer Staatsbürger, wurde gemeinsam mit hundert Menschen aus Somalia, Ghana und Nigeria im September 2002 in Jeddah festgenommen, nachdem ein Polizist bei einem Streit zwischen Bewohner_innen von Jeddah und Afrikanern, die dort als Autowäscher arbeiteten, getötet worden war. Suliamon Olyfemi, der stets seine Unschuld beteuerte, wurde in einem unfairen Gerichtsverfahren zum Tode verurteilt.

Helfen Sie mit. Appellbrief liegt bei.

Auch sie ist eine Wanderarbeiterin: Konstantina Kouneva

ausgebildete Historikerin aus Bulgarien, verdiente als Geschichtelehrerin zu wenig, um die Kosten für die medizinische Behandlung ihres Sohnes bezahlen zu können. Sie ging nach Griechenland und arbeitete dort als Reinigungskraft. Sie engagierte sich gewerkschaftlich und wurde Opfer eines Angriffes.



AKTIONEN ZUM 1. MAI

Anlässlich des Tages der Arbeit bitten wir Sie, sich an den Protestaktionen zugunsten verhafteter und bedrohter Gewerkschafter_innen einzusetzen. Appellbriefe liegen bei.

BAHRAIN: LEHRERGEWERKSCHAFTER IN HAFT

MAHDI 'ISSA MAHBI ABU DHEEB

Nach den Protesten gegen die Regierung im Februar und März 2011 wurde die unabhängige Lehrer_innengewerkschaft BTA (Bahrain Teacher's Association) aufgelöst. Zahlreiche Lehrer_innen und BTA-Mitglieder wurden verhaftet.

Alle außer Mahdi kommen frei



Die Verhafteten kamen nach internationalen Protesten nach einigen Wochen frei – außer Mahdi 'Issa Mahbi Abu Dheeb, der Vorsitzende, und Jalila al-Salman, stellvertretende Vorsitzende. Die beiden wurden im September 2011 von einem Militärgericht zu zehn bzw. drei

Jahren Haft verurteilt. In den Berufungsverfahren im Dezember 2011 und im Oktober 2012 wurden die Urteile auf fünf Jahre bzw. sechs Monate gesenkt. Jalila al-Salman ist derzeit auf Kautions frei, bei ihrem Kollegen wurde dem Antrag auf Kautions nicht stattgegeben.

Setzen Sie sich dafür ein, dass Mahdi 'Issa Mahdi Abu Dheeb unverzüglich freigelassen wird.

IRAN: GEWERKSCHAFTER VERHAFTET

SHAHROKH ZAMANI

Der Maler und Dekorateur Shahrokh Zamani wurde im Juni 2011 verhaftet und im August 2011 zu elf Jahren Haft verurteilt.

Wollte unabhängige Gewerkschaft mitbegründen

Shahrokh Zamani wurde wegen seiner Mitgliedschaft im „Komitee zur Einrichtung von Arbeiterorganisationen“ und dem Gründungskomitee für eine unabhängige Malergewerkschaft verurteilt, weil diese als „systemfeindliche Gruppen“ angesehen werden.



Im Gefängnis wurde er 40 Tage lang physisch und psychisch schwer gefoltert, um ein „Geständnis“ zu erzwingen, bis er in Hungerstreik trat. Shahrokh Zamani legte kein Geständnis ab.

Fordern Sie die unverzügliche und bedingungslose Freilassung von Shahrokh Zamani.

KOLUMBIEN: MORDDROHUNGEN

GEWERKSCHAFTEN IM ENERGIESEKTOR

Zahlreiche Mitglieder und Führungspersonen der Gewerkschaften für Bergbau, Petrochemie, Agrarbrennstoffe und Energie (Sindicato Nacional de la Industria Minera, Petroquímica, Agrocombustible y Energética, SINTRAMIENERGETICA) und für Kohlebergbau (Sindicato Nacional de los Trabajadores de la Industria de Carbón, SINTRACARBON) erhielten seit Beginn des Jahres Morddrohungen von Paramilitärs.



Drohungen folgen Arbeitskampf

Die Gewerkschaften engagieren sich gegen ein geplantes Bergbauprojekt, das die Umwelt massiv beeinträchtigen würde. SINTRAMIENERGETICA verteidigt weiters ihre Mitglieder in einem Strafverfahren, in dem die Rechtmäßigkeit eines Streiks bezweifelt wird.

Fordern Sie Schutz für die Gewerkschafter_innen!

SIMBABWE: GEWERKSCHAFTERIN IM EXIL

GERTRUDE HAMBIRA

Im Februar 2010 wurde Gertrude Hambira auf der Polizeistation in Harare von 17 hochrangigen Sicherheitskräften verhört. Anlass war eine Dokumentation der Landarbeiter_innen-Gewerkschaft GAPWUZ (General Agricultural and Plantation Workers Union of Zimbabwe), dessen Generalsekretärin sie ist, über die katastrophale Situation der Landarbeiter_innen.



Aus Sorge um Sicherheit im Untergrund

Fünf Tage später führten Sicherheitskräfte eine Razzia in ihrem Büro durch. Gertrude Hambira war nicht anwesend und verließ danach aus Sorge um ihre Sicherheit Simbabwe. Sie lebt nun versteckt im Ausland.

Gertrude Hambira und ihre GAPWUZ-Kolleg_innen müssen ohne Einschüchterung arbeiten können.